**Verordnung
über den Vollzug der Weg- und Ausweisung
von ausländischen Personen
(VVWA)**

Änderung vom...

*Der Schweizerische Bundesrat
verordnet:*

I

Die Verordnung vom 11. August 1999¹ über den Vollzug der Weg- und Ausweisung von ausländischen Personen wird wie folgt geändert:

Gliederungstitel vor Art. 15f

1b. Abschnitt: Überwachung von Ausschaffungen auf dem Luftweg

Art. 15f Umfang der Überwachung
(Art. 71a Abs. 1 AuG)

¹ Die Überwachung von Ausschaffungen auf dem Luftweg findet auf Sonderflügen (Art. 5 Abs. 3) statt.

² Die Überwachung umfasst folgende Phasen::

- a. die Zuführung der betroffenen Personen an den Flughafen;
- b. die polizeiliche Behandlung am Flughafen (Bodenorganisation);
- c. den Flug;
- d. die Ankunft am Zielflughafen und die Übergabe der betroffenen Personen an die Behörden des Zielstaats.

Art. 15g Aufgaben von Dritten
(Art. 71a Abs. 2 AuG)

¹ Das BFM kann Dritte mit Aufgaben im Rahmen der Überwachung von Ausschaffungen auf dem Luftweg beauftragen und kann mit ihnen Vereinbarungen abschliessen. Die beauftragten Dritten müssen unabhängig sein von allen Stellen, die

AS 1999 2254

¹ SR 142.281

an ausländerrechtlichen oder asylrechtlichen Verfahren oder am Vollzug der Weg- oder Ausweisung beteiligt sind.

² Die beauftragten Dritten nehmen ausschliesslich eine Beobachtungs- und Berichterstattungsfunktion wahr. Diese umfasst:

- a. die Beobachtung einzelner oder sämtlicher Phasen eines Sonderflugs;
- b. die Teilnahme an Vorbereitungsrapporten;
- c. die regelmässige Berichterstattung zuhanden des BFM;
- d. die Erstellung eines jährlichen Tätigkeits- und Rechenschaftsberichts zuhanden des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements und der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren.

Art. 15h Kostenabgeltung
(Art. 71a AuG)

¹ Das BFM entschädigt die beauftragten Dritten für ihre Aufgaben bei der Überwachung von Ausschaffungen.

² Die Entschädigung wird pauschal ausgerichtet.

2b. Abschnitt: Wegweisungsverfügung

Art. 26a Inhalt der Wegweisungsverfügung
(Art. 64 AuG)

Die Wegweisungsverfügung enthält:

- a. die Verpflichtung der ausländischen Person, die Schweiz zu verlassen;
- b. den Zeitpunkt, bis zu dem sie die Schweiz verlassen haben muss;
- c. die Androhung von Zwangsmassnahmen im Unterlassungsfall.

Art. 26b Formlose Aufforderung
(Art. 64 Abs. 2 AuG)

¹ Werden Ausländerinnen und Ausländer mit einem gültigen Aufenthaltstitel eines Staates, der durch eines der Schengen-Assoziierungsabkommen gebunden ist (Schengen-Staat), formlos aufgefordert, sich in diesen Schengen-Staat zu begeben, so müssen sie die Schweiz innerhalb eines Tages verlassen. Eine längere Ausreisefrist kann gewährt werden, wenn besondere Umstände wie gesundheitliche Probleme oder die familiäre Situation dies erfordern.

² Die Schengen-Assoziierungsabkommen sind in Anhang 1 aufgeführt.

Art. 26c Standardformular und Übersetzung
(Art. 64b AuG)

Das BFM stellt den zuständigen Stellen die notwendigen Standardformulare und Übersetzungen zur Verfügung.

Art. 26d Informationsblatt
(Art. 64f Abs. 2 AuG)

¹ Das Informationsblatt wird zusammen mit dem Standardformular ausgehändigt. Es muss zumindest in den fünf Sprachen vorliegen, die von illegal einreisenden Ausländerinnen und Ausländern am häufigsten verwendet oder verstanden werden.

² Es enthält insbesondere Hinweise auf die rechtlichen Grundlagen der Verfügung, auf die Möglichkeit der Einreichung eines Rechtsmittels und auf die Folgen der Nichteinhaltung der Ausreisefrist.

³ Das BFM stellt den zuständigen Behörden die Informationsblätter zur Verfügung.

II

Diese Verordnung erhält einen zusätzlichen Anhang 1 gemäss Beilage.

III

Diese Änderung tritt am 1. Januar 2011 in Kraft.

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Die Bundespräsidentin: Doris Leuthard

Die Bundeskanzlerin: Corina Casanova

Anhang 1
(Art. 26b)

Schengen-Assoziierungsabkommen

Die Schengen-Assoziierungsabkommen umfassen:

- a. das Abkommen vom 26. Oktober 2004² zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der Europäischen Union und der Europäischen Gemeinschaft über die Assoziierung dieses Staates bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands (SAA);
- b. das Abkommen vom 26. Oktober 2004³ in Form eines Briefwechsels zwischen dem Rat der Europäischen Union und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Ausschüsse, die die Europäische Kommission bei der Ausübung ihrer Durchführungsbefugnisse unterstützen;
- c. das Übereinkommen vom 17. Dezember 2004⁴ zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der Republik Island und dem Königreich Norwegen über die Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands und über die Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in der Schweiz, in Island oder in Norwegen gestellten Asylantrags;
- d. das Abkommen vom 28. April 2005⁵ zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Königreich Dänemark über die Umsetzung, Anwendung und Entwicklung derjenigen Teile des Schengen-Besitzstands, die auf Bestimmungen des Titels IV des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft basieren;
- e. das Protokoll vom 28. Februar 2008⁶ zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Beitritt des Fürstentums Liechtenstein zu dem Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der Europäischen Union und der Europäischen Gemeinschaft über die Assoziierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands.

² SR 0.362.31

³ SR 0.362.1

⁴ SR 0.362.32

⁵ SR 0.362.33

⁶ SR 0.362.311, noch nicht veröffentlicht.